

Referat des Genossen Fritz Selbmann auf dem Bezirksparteiitag im Innern des Blattes!

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbüdlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Dienstag den 29. März 1932 Nummer 73

Gebering verständigigt sich mit den Nazis!

Groener entschuldigt seinen Brief . Beschlagnahmtes Nazi-Material wird freiwillig zurückgegeben . Keinem Naziführer wird ein Haar gekrümmt . Arbeiter! Eure Antwort: Antifaschistische Massenaktionen unter Führung der KPD!

Am 10. April für den Arbeiter Ernst Thälmann!

Am 17. April für roten Volksentscheid in Sachsen!

Die politische Bedeutung der
Präsidentenwahlen

Rüflet zum 2. Wahlgang und roten Volksentscheid!

Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof, der sich mit der Frage der SEDNA über die Gebering'sche Polizeikritik gegen die Nazis beschäftigt, haben ein beachtenswertes Ergebnis erzielt: Den Abschluß der gesamten „Affäre“, die den „Kampfbüchlein“ der Braun-Gebering-Regierung beweisen sollte, bildet ein offener Vergleich zwischen Gebering und der Hitlerpartei. Welche Regierung, die feststellt, daß die SED selbstmörderisch ausgerüstet und schwer bewaffnet zusammengezogen wurde, nicht derselben SED den größten Teil des beschlagnahmten Materials heraus. Und die Hitlerpartei ist so zufrieden damit, daß sie ihren Antrag sofort zurückzieht.

Damit ist die „Affäre“ der „Eisernen Front“ und ihrer preußischen Hauptklinge entlarvt. So wie die von der SED gestützte Gebering-Regierung in Sachsen in den entscheidenden Fragen stets die Nazis gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse in Schutz nahm und mit ihnen Abmachungen trifft, genau so einigt sich trotz des großen Tamtams bei der „Naziaktion“ die sozialdemokratische gelähmte Preußenregierung mit Hitler und seiner Partei, wenn die herrschende Klasse es befiehlt.

Die Wahlführer des Herrn Hindenburg sind ihrer „nationalistischen“ Masochende entleert und stehen als Schrittmacher des nationalsozialistischen Kapitalisatordings vor den Augen der empörten Arbeiterklasse!

Der Brief Groeners

Bei der Verhandlung am Donnerstag legte der Vertreter der preußischen Regierung einen Brief des Reichsinnenministers Groener vor. Dieser Brief wurde als Verteidigung Geberings für seine Polizeikritik vorgelesen. Wohlgerne — Herr Gebering betonte damit, daß er nicht von sich aus diese „Affäre“ unternommen habe.

Der Inhalt des Groener-Briefes ist kennzeichnend. Wörtlich lautet es darin, daß für alle SA-Deute

„Die vorgeschriebene Ausrichtung befolgt wurde, dann habe man sich, besonders in Schließeln, mit großem Eifer bemüht, die Reihen der Reichswehr zu erhalten. Zwar habe die Reichswehr besondere Vorkehrungsmaßnahmen getroffen, wie z. B. die getrennte Lagerung von Gewehren und Schließeln, aber auch das zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten Schutze sei versehen worden. Besonders bedenklich mache auch die Feststellung, daß an wichtigen Stellen die Führer, die nicht ehemalige Offiziere waren, plötzlich durch ehemalige Offiziere ausgetauscht worden seien. Alles das lasse darauf schließen, daß mit einem Handreich zu rechnen sei. Feind, Geberling und Straßer hätten die letzte Chance gehabt, sich legal in den Entzug zu legen. Sollte sich nach Verhandlung der Wahl herausstellen, daß der Sieg Hitlers ausgeschlossen sei, so sei mit einem Volksaufstand zu rechnen.“

Das heißt der Nazifreund Groener seit. Herr Gebering erhebt diesen Brief am 8. März . . . am 17. März liegt er die „Affäre“ der preußischen Polizei! Herr Gebering ließ also den Nazis vom 8. bis zum 17. März Zeit, ihre Vorbereitungen zu treffen!

Welle neun Tage hat also die Preußenregierung „gemartet“ und hat das Material zurückgehalten! Und Herr Gebering betont ausdrücklich, daß er lediglich auf die Mitteilungen Groeners hin „einparatieren“ habe. Herr Gebering aber wagt keine Fänge in Unschuld. Auch er vermahnt sich mit Recht gegen den „Wahnsinn“, etwas Ernsthaftes gegen die Hitlerpartei geplant zu haben. Die der Regierung nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt dazu eine amtliche Erklärung, wonach

„. . . die preußische Regierung den Sinn des Schreibens offenbar viel zu extensiv aufgefaßt habe. Sie habe ihn, nachdem er praktisch bereits überholt war, wahrscheinlich erst nachträglich mit ihrer Affäre in Verbindung gebracht, die ja zunächst mit ganz anderen Beweggründen in Gang gesetzt wurde.“

So leitet der „Kampf“ der Gebering-Groener „gegen“ die Nazis bei Dichte besetzen aus. Da wird anders gesprochen als in dem Verfassungskonflikt und in den Versammlungen der „Eisernen Front“.

Das Fazit der Gebering-„Affäre“

Kein einziger Naziführer ist wegen der Zusammenziehung der beschlagnahmten SED verhaftet worden. Die Regierung Braun-

Gebering macht aber Vergleichsverhandlungen vor dem Staatsgerichtshof!

Keinem einzigen Naziführer wird von der Brüning-Justiz ein Haar gekrümmt. Groener schreibt einen Entschuldigungsbrief, genannt „öffentliche Klärung“, nach dem anderen an die Adresse der Nazis. . . . Und die Regierung Braun-Gebering macht Verständigungsabstufungen!

Verbote gegen die Arbeiterkraft

Die SA bleibt — sowohl ihre Bewaffnung und Zusammenziehung erlauben, natürlich erlaubt. Der rote Frontkämpfer-Bund bleibt verboten. Der Rongach der roten Sportler wird verboten. Der Reichsjugendtag der arbeitenden Jugend wird verboten. Diese Politik der Verbote gegen die revolutionäre Arbeiterkraft härt den Hitlerfaschismus. Preußen ist — trotz der Wahlmasse des sozialdemokratischen „Komplexes“ gegen die Nazis — ein Hort der hintersten Reaktion, die Hauptklinge der Rotterordnungsobstatur.

Wir haben den sozialdemokratischen Arbeitern im ersten Wahlgang gesagt: Wer Hindenburg wählt, wählt Brüning-Groener und hilft Hitler. Die ganze Geberingaktion und alle Groenerbriefe beweisen, daß die Politik der Groener-Gebering der beste Schrittmacherdienst für die Hitlerpolitik ist.

Die ganze Politik der Stützung der Regierungen des „kleineren Übels“, im Reich der Brüning-Groener, in Preußen der Gebering-Braun, in Sachsen der Schied und Richter — das alles ist Stützung und Schrittmacherdienst für die Hitlerpolitik der Bourgeoisie!

Die Kommunisten rufen zum Kampf!

Die Kommunistische Partei hat den Genossen Ernst Thälmann im zweiten Wahlgang erneut als den revolutionären Kampfkandidaten der deutschen Arbeiterklasse aufgestellt, als Kandidaten des Kampfes der roten Einheitsfront gegen die faschistische Front von Gebering bis Hitler. Die Kommunistische Partei macht mobil zum Kampfe gegen die Politik des „kleineren Übels“, die die Arbeiterklasse wehrlos macht und die schlimmsten Übel des Kapitalismus und Faschismus bringt. Die Kommunistische Partei ruft zum Kampf für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland!

Rüflet in allen Einheiten der Partei und in allen Massenorganisationen! Ueberzeugt alle sozialdemokratischen Arbeiter, daß nur das Vorgehen des kommunistischen Freiheitskampfes die einzige Front des antifaschistischen Kampfes ist! Normiert die Reihen zum Hauptknoten in den Betrieben und an den Stempelstellen!

Organisiert das revolutionäre Massenbekenntnis am 10. April für Ernst Thälmann und am 17. April für den roten Volksentscheid!

Nachstehend veröffentlichen wir einen Artikel der „Branche“ des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Präsidentenwahlen. Dieser Artikel ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Beurteilung und Einschätzung des Ergebnisses der Präsidentenwahlen, der von allen unseren Genossen und Leuten aufmerksam gelesen werden muß. Von der richtigen politischen Einschätzung ausgehend, gilt es jetzt alle Kräfte auf die außerparlamentarische Mobilisierung der Arbeiterklasse und aller wertvollen Schichten für den 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen, für den roten Volksentscheid in Sachsen und die Preußenwahlen zu konzentrieren.

Die gegenwärtigen Präsidentenwahlen in Deutschland erfolgen in einer überaus gespannten politischen Situation, angeleitet einer außerordentlichen Zuspitzung aller äußeren und inneren Gegensätze. Die Bourgeoisie spannt alle Kräfte an, um die Entwicklung der Voraussetzungen der revolutionären Krise aufzuhalten. Sie verfährt ihre Offensive gegen die Wertkräften und geht immer mehr zu den Methoden der offenen faschistischen Diktatur über. Die nationalsozialistischen, die faschistischen Parteien entwickeln eine verwerfliche Demagogie, um die Massen von der proletarischen Revolution abzuhalten. Für den Uebergang der Bourgeoisie zu den offenen Formen der faschistischen Diktatur ist überaus bezeichnend, daß der reaktionäre Kandidat in den Aprilwahlen 1932, der Monarchist und wilhelminische Generalfeldmarschall von Hindenburg, gegenwärtig, wie die Sozialdemokratie verfährt, zum Kandidaten des fortschrittlichen Teiles der Bourgeoisie gegen ihren reaktionärsten Teil zu jenem Kandidaten wird, der angeblich die Hebertreue der bürgerlichen „Demokratie“ vertreten soll.

Trotz der die kapitalistische Ordnung in ihrer Gesamtheit bedrohenden Gefahr, trotz der allgemeinen Umstellung der Bourgeoisie auf die Methoden der offenen faschistischen Diktatur, sind jedoch innerhalb der Bourgeoisie erhebliche Differenzen in der Frage der Methoden und der Formen des Kampfes um den Ausweg aus der Krise und in der Frage der Methoden der Erhaltung des Einflusses auf die Massen gutgegetreten. Trotz des sonnen Aufhandels hat die Bourgeoisie nicht verstanden, sich in der Kandidatur Hindenburgs, dieser Hauptkandidatur der gesamten Bourgeoisie, ihre soziale Hauptklinge, die Sozialdemokratie, mit einzufügen — zu einigen. Es ist bezeichnend, daß selbst die nationalsozialistische „Achtung-Verständliche Zeitung“ feststellt, daß jene, die im ersten Wahlgang für Hindenburg stimmten, Hindenburg tatsächlich am nächsten stehen. Jene, die erst vor einigen Jahren formal gegen ihn aufgetreten waren, (in erster Linie die Sozialdemokraten), haben jetzt bereits im ersten Wahlgang für Hindenburg gestimmt. Die Bourgeoisie hat neben ihrem Hauptkandidaten Hindenburg, der gewählt werden soll, noch die offen faschistische Kandidatur Hitlers als direkte Drohung gegenüber den revolutionären Arbeitern und zwecks Verwirrung der mit der bestehenden Ordnung unzufriedenen nationalsozialistischen Elemente nötig gehabt. Die Bourgeoisie bedurfte auch noch einer dritten Kandidatur — des Obersten Duestenberg. Diese Kandidatur vertritt in der Hauptlinie die Politik des Finanzkapitals, die sich weber mit den Nationalsozialisten, noch mit den Sozialdemokraten unmittelbar verbündet, jedoch sich sowohl auf diese wie auf jene stützt, ohne sich durch einen offenen Bruch vor den Massen zu kompromittieren. Drei Kandidaten, die sich in ihrer offen faschistischen Ueberzeugung einig sind, drei Kandidaten der Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse haben die faschistische Einheit der deutschen Bourgeoisie gegenüber der Revolution demonstrieren müssen. Gleichzeitig haben diese Kandidaturen sowohl der Sozialdemokratie als auch den Nationalsozialisten die größten Möglichkeiten der Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger zur Unterstützung der Bourgeoisie geboten. Die Linie der Klassenfront

Heute 19.30 Uhr großer General-Appell

für alle Mitglieder der KPD, des KJVD, der RGO, der Roten Hilfe, der IAH, der Proletarischen Freidenker, des Freien Radiobundes, des Int. Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit im Kristallpalast, Schäferstraße
Das „Rote Sprachrohr“, Berlin, tritt auf! Unkostenbeitrag 15 und 30 Pfennig. Mitgliedsbuch ist mitzubringen!